



EUROPA WIEDER IN SCHWUNG BRINGEN: DEN GEIST AUS ROM WIEDERFINDEN

INTERESSENSGRUPPE ZUM AUSTRITT GROßBRITANNIENS UND DER NEUGRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Herr Jean-Pierre RAFFARIN, Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige
Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte

Herr Jean BIZET, Vorsitzender des Europaausschusses

Bericht Nr. 434 (2016-2017) – 22. Februar 2017

Der Brexit hat aufschlussreich dargestellt, welche Bedrohung des Auseinanderfalls auf der Europäischen Union liegt. Während die Europäer sich auf das 60-jährige Jubiläum des Vertrags von Rom vom 25. März 1957 vorbereiten, zeigen sich Fliehkräfte, wie es sie noch nie zuvor gegeben hat. Diese Situation verlangt danach, dass wir aufwachen: Das Jubiläum des Vertrags von Rom darf nicht zu einer reinen Gedenkfeier werden. Nein, im Gegenteil, es soll Anlass sein, die Grundlagen für ein neu gegründetes Europa auf soliderer Basis zu legen, das mehr im Einklang mit den Erwartungen der Bevölkerung ist.

Der Brexit ist ein Trampolin für einen Neuanfang

Das europäische Konstrukt ist ein **Großprojekt**, mit dem es möglich war, **Frieden, Zusammenarbeit und die Verteidigung der menschlichen Würde und den Respekt der Grundrechte zu verbreiten**. In nur wenigen Jahrzehnten entstand ein Raum mit freiem Personenverkehr, der für die europäische Bevölkerung als große Errungenschaft gilt, sowie ein großer Binnenmarkt, der die großen Wirtschaften gierig machte: Heute ist Europa die erste Wirtschaftsmacht der Welt.

Die britische Entscheidung, die EU zu verlassen, war ein starker Schock, der als geostrategische Sackgasse in einer globalisierten Welt erscheint, die sich mehr und mehr in Kontinentalstaaten organisiert. China, Brasilien, Russland, Indien ... Und zudem eine umso stärkere Einheit und Kohäsion nötig macht. Deshalb bezahlt heute Europa für ihr Unvermögen gegenüber der Wirtschafts- und Finanzkrise, den Terrorismusattentaten und des Migrationsschocks.

Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, sind eine **Vision und Leadership** fundamental, **fehlen** aber derzeit in der EU. Die **Erschlaffung der politischen Verantwortung** zeigt sich in der Ablehnung der Mitgliederstaaten, sich wirklich für das

europäische Projekt einzusetzen, trotz der gemeinsam unterzeichneten Verträge, und in der leidigen Anprangerung der Verantwortung aller Missstände auf die EU, während Erfolge gerne für sich verzeichnet werden.

Der Bericht des Senats zeigt, dass die EU in die **Bürokratie abrutscht, während die Demokratie fehlt**, was zum Aufstieg des **Populismus** geführt hat. Die Senatoren urteilen, dass es nur eine Alternative gibt: Entweder ein Aufwachen Europas oder ein Austritt aus der Geschichte.

Europa muss heute zwischen zwei Visionen dazu wählen, was sie sein will: Nicht nur ein **Europa als Raum**, der sich auf einen großen Binnenmarkt konzentriert, **oder ein Europa der Macht**, das seine politische Dimension wahrnimmt.

Der Brexit muss uns als Aufwecksignal Europas dienen.

Heute hat jede der anderen Mächte ihre eigene Vision Europas, die im Allgemeinen auf deren Auflösung hinausläuft. Aber Europa selber hat auch Mühe, das Projekt weiterzutreiben. Es muss seine Geschichte und seine Zukunft in die Hände nehmen. Es muss seine eigene Vision finden.

Der „Fahrplan“ des Senats für ein Neustart Europas

Das neue europäische Projekt muss auf einer klar definierten Vision aufbauen und auf bestimmten Prioritäten basieren, die für die Bürger Europas klaren Mehrwert bilden: Sicherheit, Arbeitsstellen, Wettbewerbsfähigkeit.

■ Sich als Macht neu positionieren

Anbetracht der Bildung von Kontinentalstaaten, die nicht davor zurückschrecken, Macht zum Erreichen Ihrer Ziele einzusetzen, muss sich Europa als Macht positionieren. Dazu muss es seine Verantwortung in Bezug auf **Verteidigung** wahrnehmen und den Mehrwert im **Kampf gegen den Terrorismus** und für die **innere Sicherheit** einsetzen sowie die Reaktionen auf die **Flüchtlingskrise** vereinheitlichen. Dies ist eine der Haupterwartungen der Bürger Europas, die es zu erfüllen gilt.

Was die Verteidigung angeht, geht es darum, einen **politischen Willen auf einer strategischen Vision** auszudrücken, der auf einer „strategischen Überprüfung“ der europäischen Verteidigung basiert. Um die zwischenstaatliche Dynamik in Gang zu bringen, ist **ein ständiger politischer Dialog auf höchstem Niveau nötig, angeführt vom deutsch-französischen Paar (ohne Exklusivität)**, um die Möglichkeiten des Lissaboner Vertrags, insbesondere der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit vollständig auszunutzen. Die Einrichtung eines europäischen Sicherheitsrates und einer permanenten Planungs-, Leitungs- und Führungsstruktur für militärische Einsätze sowie die Entwicklung von Tools für ein kohärentes Handeln und der Finanzierungskapazitäten der Verteidigung müssen in dieser Hinsicht die Prioritäten sein.

Der verstärkte Kampf gegen den Terrorismus erfordert eine **Sicherheitsunion**, die Definition eines **gesetzlichen Rahmens zur Verschlüsselung, die Verbesserung der Dateneingabe und der Benutzung sowie der Kompatibilität der europäischen Datenbanken für den Kampf gegen den Terrorismus**. Zudem müssen die Mitgliederstaaten dazu aufgefordert werden, sich mit einem nationalen PNR-System auszurüsten, um das europäische PNR-System

effizient zu machen und die Zusammenarbeit der Polizei zu stärken, indem die Rolle des Europol gestärkt wird. Die Zusammenarbeit der Justiz muss gefördert werden und Eurojust mittels Schaffung einer **europäischen Staatsanwaltschaft** gestärkt werden. Ebenso wichtig ist es, **mittelfristig eine enge Beziehung zu Großbritannien aufrechtzuerhalten**, wenn es um den Kampf gegen den Terrorismus und die Verteidigung geht.

Die europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise erfordert eine **effiziente Kontrolle der Außengrenzen** und die schnelle und wirksame Umsetzung eines erneuerten Frontex-Mandats. Zudem muss die **Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern** verbessert werden, während der **Schengenraum** und das europäische Asylsystem sichergestellt werden.

Europa muss seine Identität verteidigen. Das **Erweiterungsmoratorium** muss akzeptiert und bestätigt werden, um den gemeinsamen Besitzstand in der Praxis anzuwenden. Die EU muss ihre Werte zu Respekt und Menschenwürde, der grundlegenden Menschenrechte und der Demokratie bestätigen. Als erste Wirtschaftsmacht, die aus der Kraft des Binnenmarkts entsteht, muss sie sich bei **internationalen Handelsverhandlungen besser behaupten und eine bestimmte Naivheit hinter sich lassen**.

■ Definition wirtschaftlichere Prioritäten

Ganz wie bei Airbus oder Ariane in der Vergangenheit, muss Europa neue Aktionen schaffen, die **Wachstum fördern und Stellen schaffen**. **Der Senat findet, dass die digitale Welt und Energie die Prioritäten darstellen**.

Europa muss sich ebenfalls zu einer steuerlichen Konvergenz hin bewegen.

Die **Wettbewerbspolitik** muss in den Dienst der **industriellen Rückeroberung** und der **Arbeitsplätze** gestellt werden und kein Hindernis mehr für das Hervortreten europäischer Meister darstellen.

Die angekündigte Aufstockung der Kapazität und der Dauer des Europäischen Investitionsfonds muss mit einer Reflexion über die Entfernung der reglementarischen Hindernisse für Investitionen gekoppelt werden. Die EU muss die **Wirtschaftsverwaltung der Euro-Zone** endlich abschließen. Sie muss sich mit einer **Direktion der Eurozone**, aber auch mit einer demokratischen Kontrolle ausrüsten, die in den nationalen Parlamenten ihren Platz einnimmt. Der Senat wünscht sich, dass das nächste Weißbuch der Europäischen Kommission dies so aufnimmt.

Es geht auch darum, den **europäischen Zusammenhalt** zu stärken und auf eine **soziale Konvergenz** hinzuarbeiten – das Dossier über die entsandten Arbeitnehmer spricht Bände – und die **Kohäsionspolitik zu modernisieren**.

■ Ein näheres und lesbareres Europa

Dieses neu zentrierte Europa respektiert die **Subsidiarität** vollständig. Die europäische Union muss für die Bürger **lesbarer** und **näher** werden. Sie muss ihre Funktionsweise reformieren und den demokratischen Kontrollen Platz lassen, insbesondere durch **Bestätigung der Rolle der nationalen Parlamente**.

Eine grüne Karte für die nationalen Parlamente.

Der Senat schlägt eine **grüne Karte** oder ein **Initiativrecht** für die nationalen Parlamente vor, die sich **regelmäßig in Straßburg treffen würden**, um die aktuellen Themen für Europa zu besprechen.

Die Funktionsweise der Institutionen muss demokratischer werden: **Die Rolle des europäischen Rates als treibende und vereinigende Kraft** muss mit einer jährlichen Annahme der umzusetzenden Prioritäten gestärkt werden; **das institutionelle Dreieck** (Kommission, Rat, Parlament) wird mit einer **verringerten Anzahl Kommissare** neu aufgelegt, wobei die vom Europäischen Rat festgelegten Prioritäten durch die Kommission umgesetzt werden; die **Generalisierung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit** (außer zu Verteidigungsthemen); eine **Harmonisierung der parlamentarischen Abstimmungen für eine bessere Verständlichkeit**. **Europa benötigt zudem**

eine Vereinfachungskur, was zu einer ständigen Priorität werden sollte, und mehr Transparenz.

■ Erarbeitung einer Methode

Um das europäische Aufwachen zu konkretisieren, umfasst der Bericht eine **Methode**. Eine neue Ambition muss zunächst vom **französisch-deutschen Motor** zur Priorität gemacht werden, der leider seine Kraft verloren hat. Nur er kann **Europa wecken**. Es liegt an ihm, die **Initiativen zu starten, die unsere anderen Partner zum Mitmachen bestärken**. Die französisch-deutsche Beziehung darf nicht exklusiv sein. Sie darf aber nicht weniger entscheidend sein. In beiden Ländern finden 2017 wichtige Wahlen statt. Danach beginnt eine politisch stabile Phase, die sich für starke Initiativen eignet, die es ermöglichen, das Vertrauen der Bürger in ein europäisches Projekt zu fördern. **Ein französisch-deutscher Fahrplan, der auf die Situation des 21. Jahrhunderts eingeht**, wie die Digitalisierung, sollte erarbeitet werden, um dem europäischen Projekt neuen Aufwind zu verleihen.

Pragmatismus führt ebenfalls zu einer **verstärkten Zusammenarbeit** zwischen den Staaten, die voranschreiten möchten. Sie müssen Interesse für eine europäische Aktion zeigen und die anfänglich zögernden Staaten anziehen. Sie tragen in sich den **Neuanfang des europäischen Projekts**, aber auch dessen **Erfolg** auf Ebene der ganzen Europäischen Union.

■ Ein geteiltes Projekt

Die europäische Union muss erneut zu einem **Projekt werden, das die Bürger teilen**. Europa teilt eine gemeinsame Geschichte, Werte und eine Lebensart, die es zu verteidigen gilt. Die Europäer müssen – vereint in der zu respektierenden Vielfalt – alle Hindernisse überwinden und das bevorzugen, was sie vereint, stattdessen, was sie auseinander treibt.

Diese Feststellung berechtigt Maßnahmen, die **starke Zugehörigkeitssymbole** umfassen: Dazu gehört die Erschaffung einer europäischen Identitätskarte, die jeder Bürger, der zudem eine nationale Identitätskarte hat, nutzen kann. Als Erweiterung der europäischen Flagge, die meist neben der nationalen Flagge hängt, wäre es von Vorteil, wenn nach dem Abspielen der Nationalhymne, die Europahymne folgen

würde. Der Senat schlägt die Erschaffung einer Radiostation „Radio France Europe“ und einer Online-Video-Plattform vor.

Es geht dabei auch darum, die Jungen für das europäische Projekt zu begeistern. Erasmus ist eine Erfolgsgeschichte. Mehr als 3 Millionen Studenten haben davon profitiert. Aber wir sollten weitergehen und **Erasmus für Auszubildende** schaffen.

Zurück zu den Arbeiten der Interessensgruppe

Nach dem britischen Referendum vom 23. Juni 2016 hat der Senat entschieden, auf Initiative des Präsidenten Gérard Larcher, eine Interessensgruppe zum Austritt Großbritanniens und der Neugründung der Europäischen Union zu bilden. Er gehört dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte und dem Ausschuss für europäische Angelegenheiten an und besteht aus 20 Mitgliedern, die alle politischen Gruppen repräsentieren.

Seit der konstituierenden Sitzung am 11. Juli 2016, hat sich die Gruppe 21 Mal getroffen. Sie ist vier Mal an einen anderen Standort gereist: Straßburg, Brüssel, London und Berlin.

Der Bericht stützt sich auf die 20 Mitteilungen die zu 9 Themen gemacht wurden. (Europa der Verteidigung, Handelspolitik der EU, Europa und Wachstum, französisch-deutsche Beziehung, Wirtschaftsverwaltung der Euro-Zone, Sicherheit und Migration, Reform der europäischen Institutionen, Europa und Subsidiarität, Etappenpunkte bei den Austrittsverhandlungen Großbritanniens). Alle Mitglieder der Interessensgruppe haben ihren Beitrag geleistet.

Alle Dokumente – Berichte der Anhörungen, vergleichende Gesetzesstudie, vorgehende Berichte – sind auf der Website des Senats einsehbar:

http://www.senat.fr/commission/groupe_de_travail_brexit.html



Interessensgruppe zum Austritt Großbritanniens und der Neugründung der Europäischen Union



Präsident

Herr Jean-Pierre Raffarin
Senator (Les Républicains)
der Region Vienne



Präsident

Herr Jean Bizet
Senator (Les Républicains)
der Region Manche

Der vorliegende Bericht ist online verfügbar unter:

<http://www.senat.fr/notice-rapport/2016>